

**Redemanuskript Anette Kramme
Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundesminister für Arbeit und Soziales**

**Arbeitsmarktbeteiligung von Zuwanderinnen
und Zuwanderern und Brain-Drain - Aktuelle
Entwicklungen und Wirkungen auf den
gesellschaftlichen Zusammenhalt**

anlässlich der Teilnahme
an den Hohenheimer Tagen zum Migrationsrecht
am 26. Januar 2020 in Stuttgart-Hohenheim

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank an die Veranstalter der Hohenheimer Tage, dass ich hier als Vertreterin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf dieser renommierten Veranstaltung fast das letzte Wort habe.

Ich habe die Einladung sehr gerne angenommen. Das Oberthema der diesjährigen Tagung und auch dieses Panel verdeutlichen nochmals, dass Migrationspolitik so viel mehr ist als klassische Innenpolitik. Es geht um zentrale Fragen der Gesellschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Daher ist es auch so wichtig, dass sich Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wie Migrationspolitik auch mit den Fachleuten aus dem jeweils anderen Feld intensiv austauschen. Die - in fachlicher und persönlicher Hinsicht - gewachsene Verbindung

zwischen den Hohenheimer Tagen und dem auch in diesem Jahr wieder gut vertretenen BMAS ist das beste Beispiel dafür, wie gewinnbringend dies für alle Beteiligte ist.

Sehr gerne trage ich heute dazu bei, dass dieser Austausch mit dem BMAS auch auf politischer Ebene fortgeführt wird und die enge Verbindung zwischen BMAS und den Hohenheimer Tagen - ganz im Sinne von Christoph Schumacher-Hildebrand - bestehen bleibt.

Sie haben auf dieser sehr intensiven Fachtagung nahezu alle aktuellen Fragen zur Migration auf höchstem fachlichen Niveau diskutiert:

Von A wie Ausbildungsduldung bis Z wie Zertifizierung von Berufsabschlüssen.

Vom Globalen Migrationspakt bis zur Integration von Geflüchteten in den Städten und Gemeinden

Dieses Panel kommt nun noch einmal auf das **Kernthema** der diesjährigen Hohenheimer Tage zurück: Den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und ich möchte über den hohen Stellenwert sprechen, den die Integration von Migranten in das Arbeitsleben für diesen Zusammenhalt hat.

Auch in diesem neuen Jahrzehnt gilt: Wir sind und bleiben eine Arbeitsgesellschaft. Arbeit ist in Deutschland mehr als Broterwerb. Arbeit zu haben und für sich selbst sorgen zu können, ist eine Frage der Würde.

Das gilt für alle Menschen, die in Deutschland leben.

Mit Arbeit bekommen wir nicht nur Einkommen, sondern auch Respekt und Selbstrespekt. Wer Arbeit hat, hat Kolleginnen und Kollegen, eine

Struktur im Alltag und kann etwas aus seinem Leben machen.

Umso wichtiger ist es, dass wir wirklich allen Menschen einen Zugang zur Arbeit ermöglichen – wegen ihres ökonomischen, aber eben auch wegen ihres sozialen und gesellschaftlichen Werts!

Tatsache ist: es gibt **gute Zahlen vom Arbeitsmarkt** für Menschen mit ausländischem Pass und es gibt erkennbare Fortschritte bei der Integration.

Das Job-Wunder der vergangenen Jahre, der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geschieht in überdurchschnittlichem Maß durch Beschäftigte mit ausländischem Pass. In beeindruckenden, aktuellen Zahlen: Die Beschäftigung von

ausländischen Staatsangehörigen nahm im letzten Jahr um 226.000 oder 7,4 Prozent zu. Die Zahl der Beschäftigten insgesamt um 399.000 oder 1 Prozent.

Aber es gibt auch noch viel zu verbessern: und zwar für diejenigen, die schon bei uns sind, die aber ihre Fähigkeiten und Talente bisher nicht entfalten konnten, aber auch für diejenigen, die wir erst noch für uns gewinnen können.

In einem Monat wird das Fachkräfteeinwanderungsgesetz - endlich - in Kraft treten.

Auch wenn sich viele hier im Raum - mich eingeschlossen - auch noch weitergehende Öffnungen hätten vorstellen können, werden Sie als Fachleute auf dem Gebiet der Migration mir insoweit zustimmen: **Es ist eine historische, dringend notwendige Kehrtwende in der Einwanderungspolitik.**

Historisch insoweit, weil wir damit endlich politisch nachvollziehen, was seit Jahrzehnten Realität ist:

Deutschland ist längst ein Einwanderungsland.

Und endlich bekennen wir uns auch klar dazu, dass Deutschland qualifizierte Zuwanderung dringend notwendig hat.

Wir alle, die wir daran mitgewirkt haben, können stolz darauf sein - auch wenn man sich, wie gesagt, in der einen oder anderen Frage natürlich immer noch etwas mehr hätte vorstellen können.

Es ist ein Bekenntnis unseres Landes zur Weltoffenheit und damit auch eine Frage unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses.

Dass es uns letztlich gelungen ist, liegt nicht zuletzt an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage.

Denn eines der größten Risiken für Deutschlands Wachstum und Wohlstand ist die Tatsache, dass uns schon heute Fachkräfte fehlen.

Zunächst schauen wir bei der Suche nach Fachkräften naheliegend auf die Menschen, die schon in Deutschland sind.

Egal, welche Staatsangehörigkeit vorliegt und ob sie einen Migrationsbezug haben – wenn es auch insbesondere bei letztgenannten Menschen noch besonders viel Luft nach oben gibt.

Mit der Brückenteilzeit und dem Qualifizierungschancengesetz heben wir Potenziale, vor allem bei Frauen und bei

Menschen, die nicht ausreichend qualifiziert sind. Letzteres betrifft - aus den unterschiedlichsten Gründen - leider auch besonders viele Migrantinnen und Migranten.

Jahr für Jahr verlassen noch 50.000 junge Menschen die Schule ohne Schulabschluss. Und wir haben immer noch mehr als 1 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 ohne berufliche Erstausbildung in Deutschland.

Hierbei muss sich unser Blick auch besonders auf diejenigen richten, die bereits zugewandert sind, aber noch nicht in Ausbildung und Arbeit gefunden haben - aus welchen Gründen auch immer.

Auch sie brauchen Unterstützung, um **dauerhaft** auf eigenen Beinen zu stehen.

Viele Menschen, die zu uns gekommen sind, nehmen den erstbesten Job an, damit sie Arbeit haben und etwas mehr Geld in der Tasche.

Das ist menschlich, aber langfristig nicht unbedingt die beste Weichenstellung.

Wir wollen ihnen helfen, mehr aus ihren Talenten und Fähigkeiten zu machen.

Deshalb haben wir insbesondere den Zugang zu den Integrations- und Berufssprachkursen deutlich verbessert und den Zugang zur Ausbildungsförderung deutlich erweitert. Das „Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz“ als zentraler Beitrag des BMAS zum sogenannten Migrationspaket hat damit vielleicht einen etwas sperrigen Namen, sein Inhalt sperrt aber viele Türen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt und der Gesellschaft auf.

Aber all das wird **nicht** ausreichen, um den Arbeitskräftebedarf der Zukunft zu decken.

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz zeigen wir, dass wir ein Land sind, das Menschen willkommen heißt.

Ein Land, in dem es **nicht** darauf ankommt, **woher jemand kommt**, sondern was jemand **kann**.

Jetzt geht es darum, das **Gesetz mit Leben zu füllen**. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen ihren Weg schnell in die Betriebe und unsere Arbeitsgesellschaft finden.

Unnötige Bürokratie wollen wir vermeiden, Anerkennungsverfahren vereinfachen, Visastellen besser ausstatten und die Antragsverfahren digitalisieren.

Beim Fachkräfteeinwanderungsgipfel im Dezember hat die Bundesregierung im Schulterschluss mit Arbeitgeberverbänden und

Gewerkschaften nochmals deutlich gemacht, dass wir alle an einem Strang ziehen werden und es jetzt richtig losgehen muss.

Als **Erstes** treiben wir im BMAS den Ausbau der Berufssprachkurse im Inland voran.

Das Auswärtige Amt verbessert die Möglichkeit zum Spracherwerb im Herkunftsland. Die Goethe-Institute spielen dabei eine wichtige Rolle.

Zweitens geht es um die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen. Ganz klar: Wenn beruflich Qualifizierte in Deutschland Arbeit finden sollen, dann müssen wir einen effektiveren Weg zur Anerkennung ihrer Ausbildung finden.

Es geht darum ganz praktische Fragen schnell und effizient zu lösen:

Welche Teile meiner Ausbildung werden in Deutschland anerkannt?

Welche Qualifikationen muss ich noch erwerben?

Wohin wende ich mich? Wer hilft? Wie geht es weiter?

Zur Unterstützung bei diesen Fragen haben wir die Zentrale Servicestelle Berufsanerkennung eingerichtet.

Erstmals steht damit allen

Anerkennungssuchenden, die sich noch **im**

Ausland befinden, ein „Lotse“ durch das

Anerkennungsverfahren zur Verfügung.

Zum Thema „brain drain“ will ich betonen: Wir wollen keinen „brain drain“!

Es kann und darf nicht darum gehen, dass wir unseren Mangel zulasten der Drittstaaten beheben! Diese sollen vielmehr ebenfalls

profitieren, etwa durch monetäre Rücküberweisungen oder Wissenstransfer bei freiwilliger zirkulärer Migration.

Die Kooperationsbereitschaft der Partnerländer innerhalb und außerhalb der EU ist für uns entscheidend. Ohne Zustimmung der Partner werden wir nicht aktiv.

Diese Ziele wollen wir mit den Vermittlungsabsprachen erreichen, die die BA künftig nach dem neuen Gesetz mit Partnerverwaltungen im Ausland abschließen kann.

Eingeflossen sind dabei Erfahrungen, die wir durch das Projekt „Triple Win“ für Pflegekräfte gewinnen konnten. Das Projekt wurde von der *International Organization for Migration* als Best Practice gewürdigt.

Vermittlungsabsprachen der BA werden selbstverständlich die internationalen Prinzipien für eine ethische Gewinnung von Fachkräften ebenso beachten wie den Verhaltenskodex der WHO zur Rekrutierung von Gesundheitspersonal.

Denn wie bei Triple Win sollen am Ende alle drei Parteien davon profitieren: die Fachkraft, das Partnerland und wir in Deutschland.

Ich komme zum Schluss.

Menschen, die als Fachkräfte zu uns kommen, sollen **Teil unserer Gesellschaft** werden.

Mit aller Vorsicht lässt sich festhalten: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Im jüngsten Integrationsbarometer des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration bewerten die Befragten das Integrationsklima bei uns **unverändert positiv** - und zwar **sowohl** die Menschen **mit** als auch die **ohne** Migrationshintergrund.

Dabei zeigt sich wieder einmal: Wo direkte Kontakte bestehen, sind die Einschätzungen am positivsten. Wer kaum mit Menschen anderer Herkunft zu tun hat, reagiert eher skeptisch.

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und den Begleitregelungen haben wir uns eindeutig zu einem Neuanfang in der Migration bekannt: **Die Menschen, die zu uns gekommen sind, und die Menschen, die noch zu uns kommen sollen, dürfen den Staat an ihrer Seite wissen und nicht in ihrem Nacken.**

Wir wollen ihnen einen **guten Start** ermöglichen und die Integration in Betriebe und Gesellschaft **so einfach wie möglich** gestalten.

Damit dies gelingt, braucht es aber mehr als mutige Gesetze. Es braucht auch weiterhin **Ihren** Sachverstand und Ihren Einsatz vor Ort.

Vielen Dank!